

## **Manifest zur Krise des Euro**

### **Die Schuldenkrise der Staaten kann nur durch grundlegende Reformen des globalen Finanzsystems und der EU überwunden werden**

#### ***Einleitung: Europa am Scheideweg***

Der Euro wird durch diejenigen in Gefahr gebracht, die vorgeben, in der derzeitigen Krise seine Retter zu sein - durch die deutsche Bundesregierung, die sie stützenden Parteien und durch die meisten Medien in Deutschland. Sie vertreten die Auffassung, dass die Verantwortung für die Krise vor allem jene Mitgliedsländer des Euroraums tragen, die in Schwierigkeiten mit dem Schuldendienst geraten sind und sich daher den Auflagen (der Konditionalität) der EU und des IWF unterwerfen mussten. Wie schon im Verlauf der Schuldenkrise der Länder der „Dritten Welt“ in den vergangenen Jahrzehnten drängen sie zu harten Einschnitten bei Sozialausgaben. Sie verlangen, die Einkommen im öffentlichen Dienst zu kürzen und Infrastrukturausgaben zu streichen. So werden soziale und wirtschaftliche Rechte der Bürgerinnen und Bürger ausgehebelt, die politische Souveränität des Gemeinwesens eingeschränkt. Der in Lissabon im Jahr 2000 beschlossene Torso eines „Europäischen Sozialmodells“ wird in der Finanzkrise der Banken und der Schuldenkrise der Staaten beerdigt.

Dahinter steht die Absicht, durch Sozialabbau Mittel frei machen zu können, mit denen die an den Rand der Insolvenz geratenen „systemrelevanten“ Finanzinstitute gerettet werden. Das ist (im griechischen Fall besonders deutlich) eine Auflage des IWF, der von der EU eingeladen worden ist, seine in der Schuldenkrise der Dritten Welt vor Jahrzehnten erworbene Expertise nun in der EU zur Geltung zu bringen. Harte Austeritätspolitik wird zur europäischen Regel. Den Anfängen muss gewehrt werden, die gegenwärtige Attacke auf die sozialen Errungenschaften muss daher entschlossenen europaweiten Widerstand erfahren. Demonstrationen in Athen, Dublin, Lissabon, Paris oder Rom allein reichen nicht, der Widerstand muss auch nach Berlin und Brüssel ausgedehnt werden, wenn die EU mehr als das „Europa des Kapitals“ sein und als ein soziales, ökologisches und demokratisches Modell gestaltet werden soll - gegen die

Diktatur des Finanzmarktes, die Ideologie des Neoliberalismus, und die politischen Kräfte, die sie als alternativlosen „Sachzwang“ durchzusetzen helfen.

Das Ende des Euroraums könnte in ganz Europa und darüber hinaus ein Chaos auslösen, das nicht nur den sozialen Frieden gefährdet. Zwei Jahrzehnte seit den Maastricht-Verträgen zur europäischen Währungsunion sind eine lange Zeit. Was 1991 richtig gewesen wäre, nämlich das Experiment einer Währungsunion von Ländern mit großen Unterschieden der Wettbewerbsfähigkeit ohne eine ausgleichende demokratische Regulation der europäischen Ökonomie bleiben zu lassen, weil der Euroraum eben kein „optimaler Währungsraum“ sein konnte, ist 2011 durch die Entwicklung obsolet geworden. Michail Gorbatschows Wort bleibt richtig: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“. Der Euro ist im Jahr 2011, zwölf Jahre nach seiner Einführung und 20 Jahre nach Maastricht zwar immer noch keine „optimale Währung“, doch ist er eine europäische Realität, die gegen die destruktiven Tendenzen der Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrise gestützt werden muss, um das Abrutschen in ein ökonomisches Chaos und die Auslösung vermeidbarer politischer Konflikte zu verhindern.

Eine Politikwende muss eingeleitet werden. Dafür gibt es nur zwei in entgegengesetzte Richtungen führende Wege: den der Desintegration des Euroraums oder den der Stärkung der europäischen Staatlichkeit, weil tatsächlich eine Währung ohne einen Staat auf längere Dauer schwer vorstellbar ist. Konservative und neoliberale Ökonomen und Politiker spielen mit dem Gedanken, die Währungsunion in zwei oder sogar mehrere Klassen zu spalten. Auf der einen Seite wird ein starkes, monetär und finanziell weitgehend integriertes „Kerneuropa“ gebildet, auf der anderen Seite befinden sich die aus der Währungsunion entlassenen oder ausgeschlossen und mit eigenen, nationalen Währungen ausgestatteten Länder. Also bleibt den Deutschen, Franzosen und einigen anderen Nationen der Euro; die Griechen aber müssen zurück zur Drachme, die Italiener müssen vielleicht die Lira, die Portugiesen den Escudo wieder einführen.

Anders als in den 1970er Jahren bricht heute kein Festkurssystem wie das Bretton-Woods-System in seine Bestandteile nationaler Währungen mit dann flexiblen Kursen auseinander. Vielmehr könnte eine seit mehr als einem Jahrzehnt existierende Währungsunion kollabieren. Die Bestandteile nationaler Währungen müssten heute erst wieder erfunden werden. Dazu sind die Voraussetzungen im Euroraum höchst unterschiedlich, und daher wäre der Prozess außerordentlich konfliktreich. Die neuen Währungen an Stelle des Euro würden sofort an Wert verlieren. Mit der Abwertung würden die in Euro ausgedrückten und zu bedienenden Schulden steigen. Die Kreditwürdigkeit würde sofort von Rating-Agenturen niedriger bewertet. Die Finanzkrise würde also verschärft, weil der Schuldendienst für Länder, die die Währungsunion verlassen (müssen), radikal ansteigt. Die Währungsabwertung würde zwar die monetäre Wettbewerbsfähigkeit steigern, aber dieser Vorteil dürfte nicht viel nützen, weil die reale Wettbewerbsfähigkeit nicht mithält. Es fehlen die entsprechenden Exportindustrien. In dem Maße, wie die neuen Währungen

abwerten, gewinnt der verbleibende Euro an Wert. Die Aufwertung würde auf jeden Fall die Konkurrenzfähigkeit des industriellen Kapitals (der sog. Realökonomie) in den Mitgliedsländern des Euroraums beeinträchtigen und das finanzielle Kapital zur Spekulation anregen. Welcher Ausgleich sich dann nach einer Zeit der ökonomischen Turbulenzen einstellt, ist nicht abzusehen.

Der andere Weg führt in die Richtung einer vertieften politischen Integration. Denn die Minimalregeln des Maastrichtvertrags für die Staatsverschuldung reichen offenbar nicht aus, um europäische Ungleichgewichte und Krisen auszuschließen. Diese sind unvermeidlich, wenn in Deutschland die Lohnstückkosten gesenkt werden, während sie in anderen Ländern des Euroraums ansteigen. Dafür sind die Regierungen ebenso verantwortlich wie die Gewerkschaften, die sich in Deutschland mit im europäischen Vergleich viel zu niedrigen Lohnabschlüssen in den vergangenen Jahrzehnten begnügt haben. Die sich deshalb unweigerlich ergebenden Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen haben in Ländern mit einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit auch die Zunahme von Schulden und spiegelbildlich in Deutschland einen Leistungsbilanzüberschuss mit entsprechendem Aufbau der Geldvermögen zur Folge. Die Ungleichgewichte wirken sich als schwere Krise des Euroraums aus, weil auf europäischer Ebene der Ausgleich den gar nicht neutralen und erst recht nicht effizienten Marktmechanismen überlassen wird.

Das gegenwärtige Krisenmanagement verlangt Anpassungen von den verschuldeten Ländern, nicht aber von den Überschussländern. Der strukturelle Fehler, der schon zum Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems in den 1970er Jahren beigetragen hat, leitet auch im Euroraum die Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik. Um diesen Fehler zu korrigieren, ist es mindestens notwendig, Regeln für die Steuerpolitik auf der Einnahmeseite der Staatshaushalte und für die Steuerkonkurrenz, Ausgleichsmechanismen für Länder mit Leistungsbilanzdefiziten und mit Leistungsbilanzüberschüssen zu entwickeln und die real-ökonomischen Divergenzen im Euroraum durch aktiv gestaltende Politik in vielen Bereichen (von der Einkommenspolitik bis zur Industriepolitik) abzubauen. Denn soll der Euroraum eine Zukunft haben, muss die europäische Staatlichkeit und nicht der Markt gestärkt werden.

### ***1. Eine gefährliche Dynamik: von der Finanzkrise der Privaten zur Schuldenkrise der Staaten und zur Währungskrise im Euroraum***

Die Staatsschulden in der Eurozone sind tatsächlich von 2006 bis Ende 2010 im Durchschnitt der 16 beteiligten Länder des Euroraums um mehr als zehn Prozentpunkte von 68,4% auf 79,2% des Bruttoinlandsprodukts hochgeschneit. Die vor ziemlich genau 20 Jahren verbindlich eingeführten Maastricht-Kriterien erlauben nur eine Höchstgrenze von 60%; das war ungefähr der Schuldenstand öffentlicher Haushalte zu jener Zeit. Das staatliche Budgetdefizit hat sich im Krisenverlauf seit 2006 im Durchschnitt des Euroraums von 1,4% auf 6,3% fast verfünffacht, der Maastricht-Grenzwert ist 3,0%. Die im Schuldenstrom

versinkenden Staaten reißen die Euro-Währung mit in den Strudel, heißt es. Da bietet sich ein Vergleich mit anderen Währungsräumen an. Die USA, Großbritannien, und Japan erst recht, haben eine höhere Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt als die meisten Länder der Eurozone. Die Budgetlücke der USA beträgt 2010 1537 Mrd. USD, das sind 10,4% des BIP und der Bundesstaat Kalifornien ist in absoluten Größen und auch gemessen am Sozialprodukt wesentlich höher verschuldet als irgendein Land des Euroraums. Trotzdem richtet sich die Spekulation nicht gegen die USA, sondern gegen den Euroraum. Aus der Höhe der Staatsverschuldung allein lassen sich daher keine dramatischen politischen Schlussfolgerungen ableiten, sofern diese nicht zu einem Vertrauensschwund in die Fähigkeiten der politischen Klasse des jeweiligen Währungsraums führt, die Folgen einer Schuldenkrise abzuwehren.

Denn die Dynamik der Wirtschafts- und Finanzkrise seit ihrem Ausbruch 2007 muss in Rechnung gestellt werden. Inzwischen ist deutlich: Die Finanzkrise der Privaten hat sich in eine Schuldenkrise der Staaten verwandelt. Diese setzt sich nun auch als Währungskrise, als Eurokrise fort. Da andere Währungsräume betroffen sind, kann aus der nationalen Staatsschuldenkrise einiger Länder und der Krise des Euro eine geopolitische Krise entstehen, in die auch der US-Dollarraum, der japanische Yen, der chinesische Yuan und andere Währungen hineingezogen werden. Nun zeigt es sich, dass Währungspolitik Hegemonialpolitik ist, dass in Währungskrisen auch machtpolitische Kontroversen ausgetragen werden.

## ***2. Die Legitimität eines Teils der Schulden ist fraglich, denn die Verschuldung der Staaten ist eine Folge der Rettung privater Banken***

Die gegen einzelne Eurostaaten und den Euro insgesamt spekulierenden Banken und Fonds stammen zum größten Teil aus dem Euroraum selbst. Sie nutzen die Freiheiten der Kapital- und Währungsmärkte, weil nach der Explosion der gegenwärtigen Finanzkrise im Jahre 2008 noch nicht einmal die schwachen Ansätze einer Regulation der Finanzmärkte wirksam fortentwickelt worden sind. Die Bekenntnisse von Regierungsvertretern und aus der EU-Kommission zu einer wirksameren Regulation der Finanzmärkte und Finanzinstitute werden regelmäßig zu einem bloßen Appell „an das Verantwortungsbewusstsein und die Mäßigkeit der Banken“ (so der Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen Michel Barnier in der Süddeutschen Zeitung vom 1. Februar 2011) heruntergestuft.

Vertrauen ins Verantwortungsbewusstsein ist gut, Kontrolle und Regulation aber besser. Griechenland hat vor allem Schulden gegenüber Finanzinstituten aus Frankreich (75 Mrd. Euro), der Schweiz (64 Mrd.) und Deutschland (43 Mrd.); in Spanien halten deutsche, französische, niederländische und britische Banken den Löwenanteil der Forderungen. In Portugal sind Banken aus Spanien die größten Kreditgeber, gefolgt von Banken aus Deutschland und Frankreich. Irland hat Schulden von fast 1000 Mrd. US-Dollar, davon halten deutsche und britische

Banken jeweils etwa 200 Mrd. US-Dollar. Den Staatsschulden, die von den Medien als Skandal behandelt werden, entsprechen also Bankforderungen in etwa gleicher Höhe, hinter denen sich wiederum private Geldvermögen verbergen, die wegen des „Bankgeheimnisses“ nur schwer zuzuordnen sind. Die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in Europa führt mit Hilfe des Rating zu hohen Zinsdifferenzialen zwischen verschuldeten und „vermögenden“ Ländern (in den Ländern trifft dies nur auf die Geldvermögensbesitzer zu, nicht auf die Lohn- und Gehaltsabhängigen). Die Folge sind in Schuldnerländern negative Kapitalbilanzen, die nur durch Zustrom neuen Kapitals (etwa aus den „Rettungsschirmen“) ausgeglichen werden können, weil die Leistungsbilanz keine oder zu geringe Überschüsse abwirft. Der Zwang, einen Leistungsbilanzüberschuss zu erwirtschaften, rechtfertigt die Austeritätspolitik des Lohn- und Sozialabbaus. Die betroffene Bevölkerung akzeptiert diese Rechtfertigung nicht, geht auf die Straße und erhebt lautstarken Protest.

Geld ist immer eine zweiseitige, widersprüchliche soziale Beziehung, auch auf europäischen und globalen Finanzmärkten. Wo Schuldner sind, müssen auch Gläubiger sein, wenn Defizite abzubauen sind, können die Überschüsse nicht wachsen. Daher kann es nicht nur eine „lockere Haushaltspolitik“ in den heutigen Krisenstaaten des Euroraums (derzeit vor allem Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) gewesen sein, die die Staatsschulden hat wachsen lassen. Mitverantwortlich ist auch eine Umverteilungspolitik, die die Bildung großer privater Geldvermögen gefördert hat. Diese wurden und werden in Staatspapieren angelegt, die von den Staaten (das sind letztlich die Steuerzahler) zu bedienen sind. Dazu haben der Druck auf die Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, eine immobile Produktionsfaktoren (Arbeit) benachteiligende und die mobilen Produktionsfaktoren (Kapital) begünstigende Steuerpolitik beigetragen. Diese wurde mit der neoliberalen Ideologie der Förderung von „Leistungsträgern“ begründet, die bei niedrigen Steuersätzen viel investieren würden. Doch wurden so zusammen mit der Liberalisierung der Finanzmärkte gewaltige Vermögen zur Spekulation eingeladen.

Wer und welche Aktivitäten für die Verschuldung und ihre desaströsen Folgen Verantwortung tragen, ist nicht einfach mit dem Verweis auf unverantwortliches Schuldenmachen zu entscheiden. Sicherlich gibt es und gab es Verschwendung, Korruption und es werden und wurden Fehler gemacht, die einen Teil der Verschuldung erklären. Das griechische Fakelaki-System der kleinen und großen Korruption kennen und kritisieren die Griechen selbst, da muss man nicht erst mit dem Finger drauf zeigen. Doch die enormen Schulden Griechenlands sind auch aufgelaufen, um (a) die beim Beitritt zum Euroraum erwarteten Steuersenkungen zu Gunsten hoher Geldvermögen finanzieren zu können, um (b) Militärgerät vor allem in Deutschland oder Frankreich einzukaufen (noch bei den Verhandlungen um das Rettungspaket 2010 hat Deutschland auf die Einhaltung der Verträge über den Kauf von deutschem Militärgerät gedrungen), um (c) die ausufernden Kosten der olympischen Spiele von 2004 (bis zu 20 Mrd. Euro werden genannt) bezahlen zu können. Auch die verbreitete transnationale

Korruption, dafür ist der Siemens-Konzern inzwischen gerichtsnotorisch, nährt (d) Zweifel an der Legitimität der griechischen Staatsschulden. Vielleicht kann sogar deren Rechtmäßigkeit (gemessen an internationalen Normen) in Frage gestellt werden. Griechische Parlamentsabgeordnete haben daher eine Kommission zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der Schulden und wer dafür verantwortlich ist vorgeschlagen. Auch in anderen Ländern Europas wird an der Legitimität der überbordenden Schulden gezweifelt.

Für nicht legitime Schulden wurde in der Schuldenkrise von Ländern Lateinamerikas in den 1980er Jahren der Begriff „*odious debts*“, verhasste Schulden eingeführt. Muss das Volk für Schulden haften, die – im damaligen von Militärdiktaturen beherrschten Lateinamerika - seine Unterdrücker gemacht haben? Die Lage in Europa 2011 kann mit jener Lateinamerikas in den 1980er Jahren nicht verglichen werden. Doch die Frage nach der Legitimität bleibt politisch und die nach der Legalität auch rechtlich aktuell, und sie muss beantwortet werden.

Es darf nicht vergessen werden, dass die Staatsschulden im Euroraum vor allem wegen der gewaltigen Rettungspakete für die privaten Banken und Fonds einen Sprung nach oben machten. Diese Pakete wurden geschnürt, um die durch die Spekulation und Gier privater Banken und Banker entstandenen Verluste auszugleichen. Die Schuldendienstbelastung der Staaten hat eine Kehrseite: die Schuldendienstentlastung der privaten Finanzmarktakteure. Das hat die EZB in einer Studie mit dem deutlichen Titel „The janus headed salvation“ gezeigt. Denn nach dem Zusammenbruch der Lehman-Bank im September 2008 haben die notleidenden Banken einen Teil ihrer faulen Papiere auf Staatskosten in „bad banks“ entsorgen können. Sie wurden zudem aus öffentlichen Mitteln mit frischem Haftungskapital ausgestattet, und zwar ohne dass die Regierungen Einfluss auf die Geschäftspolitik der „verstaatlichten“ Banken genommen hätten. Bürgschaften wurden von den Staaten übernommen, und es wurde ihnen ein fast unbegrenzter Zugang zu billigem Zentralbankgeld gewährt. Dazu mag es, wie manche meinen, keine Alternative gegeben haben. Doch auch unter dieser Annahme hätte das Geld nicht ohne lenkende Auflagen etwa hinsichtlich der investiven Verwendung und der Vergabekonditionen gezahlt werden dürfen. Kein Wunder, dass die Mittel zum größten Teil in die Spekulation, z. B. mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen zurückgeflossen sind. Es wurde und wird dabei großer Schaden angerichtet. Die Spekulation mit Nahrungsmitteln ist für den Hunger in der Welt mitverantwortlich und daher muss diese zum Schutz der Menschenrechte unterbunden werden.

In Deutschland hat allein der Soffin des Bundes inzwischen 136 Mrd. Euro zur Rettung der Banken aufgewendet. Das sind Mittel, die die Staatsverschuldung nach oben treiben, wenn sie nicht aus Steuern oder durch Einsparungen in anderen Posten des Haushalts aufgebracht werden. Die Öffentlichkeit zahlt also, ohne dafür politischen Einfluss auf die Geschäftspolitik der Banken zu bekommen. Die Staatshilfen an die Banken sind also alles andere als eine

Verstaatlichung. Der Staat wird von den privaten Finanzinstituten in Dienst genommen.

In der Folge der Bankenrettung durch die öffentliche Hand verringert sich das Kreditausfallrisiko der Finanzinstitute. Spiegelbildlich steigt dieses für den öffentlichen Sektor an. Die erwähnte Studie der EZB spricht von einem „Transfer der Kreditrisiken vom Banksektor zu den Regierungen“. Die Kreditausfallversicherungen (die berüchtigten CDS, die vom Spekulanten Warren Buffett als „finanzielle Massenvernichtungsmittel“ bezeichnet wurden) konnten die Banken seit 2008 billiger erwerben, die Staaten nur noch teurer. Wenn Umschuldungen anstehen, müssen von den Regierungen entsprechend hohe Risikoaufschläge gezahlt werden. An wen? An die eben von den Staaten mit viel billigem Geld wiederbelebten Banken und – indirekt - an die bei den Banken und Fonds Einlagen haltenden Geldvermögensbesitzer. Sie können also nicht nur Gebühren einnehmen, sondern auch höhere Zinsen wegen des auf den öffentlichen Sektor transferierten Risikos durchsetzen.

### ***3. Rating-Agenturen sind politische Institutionen und müssen demokratisch kontrolliert werden***

Dabei stehen ihnen die Rating-Agenturen zur Seite, die die „Qualität“ von Staatsanleihen wegen der zunehmenden Verschuldung herabstufen. Unter dem Einfluss von Rating-Agenturen und internationalen Organisationen (IWF und EU) verlieren die Regierungen die Souveränität der Etat-Gestaltung. Das ist ein schwer wiegender Eingriff in demokratische Prärogative. Je niedriger das Rating, desto teurer die Kreditaufnahme, auch die Umschuldung, desto mehr können die privaten Kreditgeber verlangen. Das ist wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung: Weil ein prognostizierter, drohender Zahlungsausfall eine Erhöhung des Schuldendienstes herbeiführt, tritt der Fall der Fälle infolge der Überlastung der Schuldendienstfähigkeit auch mit größerer Wahrscheinlichkeit ein. Daher kommt es darauf an, den von den Rating-Agenturen ausgelösten Mechanismus der erzwungenen Steigerung des Schuldendienstes verschuldeter Staaten zu stoppen. Rating-Agenturen müssen einer öffentlichen, demokratischen Kontrolle unterworfen werden, um den Mechanismus der sich selbst erfüllenden Prophezeiung zu unterbinden. Da das Rating schon wegen der mangelnden Transparenz und Ineffizienz der Finanzmärkte nicht dem Markt überlassen werden kann, wäre es am besten, die privaten Institute durch öffentliche (also verstaatlichte oder gesellschaftlich kontrollierte) Institutionen zu ersetzen. Die Kreditrisiken von Privaten und von Staaten zu bewerten, ist eine öffentliche Aufgabe, die Verlässlichkeit und Verantwortung verlangt und nicht von dem Motiv bestimmt werden darf, möglichst hohe Gewinne mit dem Rating, noch dazu in Verbindung mit Consulting, einzufahren.

Eine gründliche Reform des Rating ist auch deshalb dringlich, weil in den nächsten fünf Jahren in allen Krisenländern größere Umschuldungen der heute bereits aufgelaufenen Schulden anstehen; Neuschulden sind in den Zahlen noch

nicht einmal berücksichtigt: im kleinen Irland in der Größenordnung von 26,7 Mrd. Euro, in Portugal sind 56,2 Mrd. Euro fällig, in Griechenland 151,6 Mrd. Euro. Italien muss bis 2015 653,3 Mrd. Euro aufbringen und Spanien 268,2 Mrd. Euro. Da winken gute Geschäfte für die Banken. Der Risikotransfer vom privaten zum öffentlichen Sektor hat eine Kehrseite: den Transfer von finanziellen Ressourcen vom öffentlichen zum privaten Sektor. Mit seiner aktiven Rolle bei der Bankenrettung wirkt der Staat bei der regressiven Umverteilung mit, und die Rating-Agenturen beeinflussen die Größenordnung der Umverteilung mit den Ratings, die die Höhe der Schuldendiensttransfers vom öffentlichen zum privaten Sektor definieren. Rating-Agenturen sind also keine neutralen Sachwalter von Kreditrisiken. Sie greifen wirksam in den Prozess der sekundären Einkommensverteilung ein. Es handelt sich also um durch und durch politische Institutionen, die auch politisch kontrolliert werden müssen. Daran sollen nicht nur Aufsichtsgremien und politische Institutionen mitwirken, sondern auch gesellschaftliche Organisationen, die von der Kreditvergabe betroffen sind.

#### **4. Ein solidarisches Management der Schulden ist europäische Aufgabe**

Die Höhe des Schuldendienstes hängt nicht nur von der Höhe der Schulden, sondern auch von der Höhe der Zinsen und der Fristenstruktur der Tilgungen der Staatsschulden ab. Dabei gibt es beträchtliche Unterschiede im Euroraum, da dieser zwar über eine gemeinsame Währung verfügt, aber nicht über ein gemeinsames Management der Staatsschulden. Dies ist ein Ausdruck der schon erwähnten unzureichend entwickelten Staatlichkeit im Euroraum. Insbesondere die deutsche Bundesregierung und die sie tragenden Parteien verweigern sich einer europäischen Schuldenpolitik, z.B. einer gemeinsamen Haftung für die Schulden oder der Ausgabe gemeinsamer europäischer Anleihen (Eurobonds), weil für Deutschland die im Vergleich zu anderen Euroländern günstigen Refinanzierungsbedingungen ungünstiger würden. Für andere Länder würden sie sich umgekehrt verbessern. Hoch verschuldete Länder müssen heute wegen der Einschätzung des Risikos und der Risikodifferenzen innerhalb des Euroraums höhere Zinsen zahlen als es notwendig wäre, wenn europäische Anleihen ausgegeben werden könnten. Diese erfordern eine stärkere Koordination der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Dann könnte auch den Befürchtungen begegnet werden, die Emission von Eurobonds habe im Endeffekt die Errichtung einer „Transferunion“ zur Folge.

Vielmehr ist die Transferunion unvermeidlich, wenn die wirtschafts- und finanzpolitischen Divergenzen bleiben und man dennoch den Euroraum erhalten will. Das wissen alle. Doch wird daraus nur die Schlussfolgerung gezogen, dass alle Mitgliedsstaaten nach deutschem Muster eine „Schuldenbremse“ einführen. Die Folgen wären schrecklich. Unweigerlich würde der Euroraum in eine Rezession gedrängt. Der Schuldenabbau hätte ja auch die Verringerung von Geldvermögen zur Begleiterscheinung, daher einen Rückgang der kaufkräftigen Nachfrage, Produktionsausfälle, Arbeitslosigkeit. Die rezessive Spirale würde die finanziellen und realwirtschaftlichen Divergenzen im Euroraum vergrößern und



dann unweigerlich eine Implosion des Euroraums provozieren. Um Transfers zu vermeiden, wird ein historisch nicht wieder gut zu machender Schaden angerichtet.

##### ***5. Schuldenreduktion durch Insolvenzregeln und eine Vermögenssteuer und eine Revision des Maastricht-Vertrags***

Die so selbstverständlich scheinende Forderung nach dem Abbau der Staatsschulden muss ergänzt werden um die Forderung nach einer entsprechenden Reduzierung der Geldvermögen, entweder (a) durch einen „haircut“, d.h. durch eine Gläubigerbeteiligung an der Schuldenreduzierung, oder (b) durch eine wirksame Besteuerung der Vermögen oder durch eine Kombination beider Maßnahmen. Auch die Gläubiger müssen also in die Verantwortung genommen werden. Insolvenzregeln sind so zu vereinbaren, dass die Gläubiger sich an den Kosten der Krise beteiligen. Dabei sollte klar sein, dass der „haircut“ nicht nur eine quantitative Schulden- und daher gleichzeitige Vermögensreduktion ist, wie sie der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ab 2013 vorsieht. Die Finanzinstitute müssen dabei gründlich umstrukturiert werden. In vielen Fällen werden die Finanzinstitute nach dem Schnitt kleiner dimensioniert sein. Dann stellt sich sogleich die Frage nach der „Systemrelevanz“, mit der die staatlichen Billionenhilfen begründet worden sind, neu.

Die Vermögenssteuern, die in den Jahren der boomenden Finanzmärkte auf Druck der Finanzlobby und mit neoliberaler Ideologie begründet überall in Europa reduziert oder ganz abgeschafft worden sind, müssen in allen europäischen Staaten wieder eingeführt werden, wie überhaupt das Volumen der Unternehmenssteuern (insbesondere der Körperschaftssteuern) gesteigert werden muss: durch eine europäische Vereinheitlichung (mit einem engen Spielraum) von Bemessungsgrundlage und Steuersatz und durch eine prohibitiv scharfe Kontrolle von Steuerparadiesen, von Steuerflucht und Geldwäsche. Dabei kommt es nicht nur auf die Erhöhung des Aufkommens an, sondern auch darauf, Schritte aus dem ruinösen und die Politik korrumpierenden Steuerwettbewerb zwischen EU-Staaten zu tun. Im Euroraum ist die Ausgabenseite des Budgets mit den Maastricht-Kriterien strikt geregelt, auch wenn die Budgetwirkungen der Finanzkrise einen dicken Strich durch das Regelwerk gemacht haben. Die Einnahmeseite des Budgets hingegen unterliegt dem „Standortwettbewerb“. Dabei werden Vorteile mit komparativ niedrigen Steuersätzen und Bemessungsgrundlagen angestrebt. Einige Länder bieten sogenannten Investoren eine niedrige „flat tax“, und drücken dann das Niveau der Unternehmenssteuern und Steuern auf Kapitaleinkünfte und Vermögen im gesamten Euroraum nach unten. Dadurch werden erstens Gerechtigkeitskriterien verletzt, da diese Vorteile nur zu Gunsten von Einkommen der mobilen Produktionsfaktoren wahrgenommen werden können, nicht bei der Versteuerung von Einkommen immobiler Produktionsfaktoren. Dadurch erodieren zweitens die Staatseinnahmen und drittens werden auf diese Weise

Geldvermögen frei, die von ihren Besitzern zur Spekulation auf Finanzmärkten genutzt werden. Eine Regulation der Finanzmärkte verlangt daher unbedingt eine wirksame Besteuerung der Unternehmen und der Vermögen sowie Kapitaleinkünfte.

### **6. Die Gefahr einer inflationären Geldentwertung**

Die Reduktion der Schulden und die Verringerung von Geldvermögen kann, wie in der Vergangenheit schon sehr oft, auch inflationär erfolgen. Die von vielen befürchtete Inflation kündigt sich bereits in Gestalt der Steigerung der Rohstoffpreise und des Goldpreises an. Die Ursachen sind sehr komplex und sie haben nicht nur mit der Funktionsweise der Finanz- und Devisenmärkte, sondern der Rohstoff- und Energiemärkte zu tun. Die Inflation würde nicht nur die Geldvermögensbesitzer treffen. Die würden sich sogar zur Wehr setzen können, weil sie über das Know-how der Spekulation entweder selbst verfügen oder es sich kaufen können, was normalen Beziehern von Kontrakteinkommen ohne Vermögen nicht möglich ist. Auch dafür können die verschuldeten lateinamerikanischen Länder in den 1980er Jahren als ein lehrreiches Beispiel dienen.

Die inflationäre Reduzierung der Schulden würde die Verteilungsungleichheit auf die Spitze treiben und muss daher unbedingt verhindert werden. Die Bekämpfung sogenannter Sekundäreffekte von Preissteigerungen durch die Zentralbank ist dazu ungeeignet. Die Absicht ist, Lohnsteigerungen zu verhindern, mit denen Preissteigerungen von Rohstoffen (vor allem von Öl) aufgefangen werden sollen, weil diese nach neoliberaler Auffassung eine sekundäre Runde von inflationären Preissteigerungen auslösen. Wenn die Gewerkschaften und die Lohnabhängigen zu einem Reallohnverlust bereit sind, könnte die Rechnung aufgehen, aber nur dann. Rohstoffpreissteigerungen haben damit zu tun, dass viele Rohstoffe den Höhepunkt ihrer Gewinnung erreicht haben („Peak everything“) und das Angebot nicht mehr so gesteigert werden kann wie die Nachfrage. Dies lässt sich nicht mit einer Politik der Inflationsbekämpfung korrigieren. Da müssten langfristige Maßnahmen eingeleitet werden, die die rohstoff- und vor allem energieintensiven Produktions- und Konsummuster verändern. Die Art und Weise des Stoff- und Energieverbrauchs im kapitalistischen Wachstumsprozess wäre nun zu thematisieren.

Die Preissteigerungen auf Rohstoffmärkten sind auch eine Folge der finanziellen Spekulation auf Futures-Märkten, und daher muss Politik gegen die Inflation diese Märkte regulieren. Die sich immer wieder aufbauenden spekulativen Blasen können durch Besteuerung der Vermögen in Verbindung mit einer Restrukturierung der Finanzinstitute und einer Verringerung der spekulativen Bewegungen durch eine Devisentransaktionssteuer entlüftet“ werden. Viele Finanzinstitute sind überflüssig, weil ihr Beitrag zur produktiven Entwicklung der Wirtschaft eher negativ und wie im Fall der Hypo Real Estate für die Allgemeinheit sehr teuer ist.

### **7. Keine technokratische, eine demokratische Politik gegen die Krise**

Diejenigen politischen Kräfte, die innerhalb des Euroraums gegen eine Vermögensbesteuerung und eine wirksame Gläubigerbeteiligung an der Umstrukturierung von Schulden agitieren, setzen darauf, dass die nationalen Regierungen „auf die Schuldenbremse treten“ und die Mittel für den Schuldendienst aus den Sozialtats herauspressen, Zukunftsinvestitionen in die Infrastruktur, in öffentliche Güter wie Bildung und Gesundheit einschränken oder unterlassen und die Altersversorgung kappen, also eine „Austerity-Politik“ betreiben. All dies ist in Griechenland, Portugal, Irland, aber auch in Spanien, Großbritannien, Frankreich und in Deutschland - ja, so muss konstatiert werden, überall in Europa geschehen und all dies befindet sich immer noch auf der Tagesordnung. Die Finanzmärkte liegen wie ein Alp auf den sozialen Systemen in aller Welt, und so auch in Europa. Von „Wirtschaftsweisen“ und anderen ernannten und selbst ernannten „Sachverständigen“ wird dies als gegeben hingenommen und Austeritätspolitik dann als „alternativlos“, als ein Sachzwang propagiert, dem paradoxerweise mit vom „wissenschaftlichen Sachverstand“ ausgearbeiteten „alternativen“ Maßnahmen zu folgen sei.

Technokratisch ausgerichtete Regierungen von „Fachleuten“ werden gefordert, die politisch die Marktsignale, d.h. den Abbau sozialer Rechte und die Einschränkung von demokratischen Gestaltungsspielräumen umsetzen. Die europäischen Institutionen, zuvörderst die Kommission und der Rat, sind bei diesem Prozess einer technokratischen Transformation der politischen Entscheidungsprozesse sowie beim Abbau der Reste des Sozialstaats federführend. Damit werden auch Möglichkeiten der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in Europa, also demokratische Räume verkleinert.

Das ist eine gefährliche Tendenz der Enteignung der europäischen Bürgerinnen und Bürger von den in manchmal sehr harten Auseinandersetzungen erstrittenen sozialen und politischen Errungenschaften. Daher gilt es, gegen den Sozialabbau überall in Europa Widerstand zu organisieren. Dieser hat eine europäische Dimension, auch wenn er lokal und national aufflammt. Es ist folglich notwendig, den Widerstand europaweit und zwischen den verschiedenen sozialen Bewegungen, also zwischen Gewerkschaften, Umwelt- und globalisierungskritischen Bewegungen und Sozialverbänden, Kirchen etc., zu koordinieren. Dabei können auch demokratisch legitimierte Etatumschichtungen zur Reduktion von Staatsschulden ausgearbeitet werden: Eine Verringerung der Rüstungsetats, der Verzicht auf ruinös teure und keinen oder wenig Nutzen stiftende Großprojekte (Die Olympischen Spiele in Griechenland sind schon angeführt worden; in Deutschland wäre Stuttgart 21 ein Beispiel) würden den Schuldendienst sehr schnell reduzieren. Dann gäbe es auch mehr Spielraum für die in vielen europäischen Ländern auf kommunaler und regionaler Ebene erarbeiteten partizipativen Haushalte.

Das europäische Integrationsprojekt hat es zwar bis zur Währungsunion geschafft. Aber es ist nicht bis zur Koordinierung der Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik fortgeführt worden. Wirtschaftliche Integration in Europa wurde vor allem als Liberalisierung der Märkte und als Deregulierung der Politik betrieben. Nun zwingt die Sprengkraft der Eurokrise dazu, das Projekt einer klaren Regulierung der Finanzmärkte und einer wirkungsvollen wirtschaftspolitischen Koordination im Euro-Raum in Angriff zu nehmen.

### **8. Die „Systemrelevanz“ demokratischer und leistungsfähiger Staaten**

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten, heißt es. Der „Risikotransfer“ mit Hilfe der Rettungspakete für die Banken verschärft die soziale Ungleichheit, er hat eine gehörige soziale und politische Sprengkraft. Eine Beteiligung der Gläubiger an der Rettungsaktion ist also effizienz- und verteilungspolitisch notwendig. Boni und Prämien für das Bankmanagement sind zu streichen, die Unternehmenssteuern und die Vermögenssteuer sind zu nutzen, um die regressive Umverteilung zu korrigieren. Der Widerstand gegen die Vermögensbesteuerung ist enorm, genauso groß wie der gegen eine schärfere Kontrolle der Finanzinstitute, eine Einschränkung der Macht der privaten Rating-Agenturen, das Verbot bestimmter Vehikel der Spekulation mit Währungen oder Staatspapieren. Aber der Widerstand gegen notwendige Reformen kann nicht davon abhalten, für die Realisierung der Reformen zu streiten.

Die Bankenrettung wurde immer damit gerechtfertigt, dass die Finanzinstitute „systemrelevant“ seien. Das mag so sein oder auch nicht. Wichtiger ist es, dass handlungsfähige, finanziell nicht überlastete, von privaten Gläubigern nicht abhängige, also souveräne und demokratische Staaten für das „System“, und das ist heute nicht nur ein Land sondern der Euro-Raum insgesamt, unverzichtbar sind. Die Staaten sind auch die Arenen, in denen soziale Auseinandersetzungen ausgetragen werden. Sie sind folglich auch für gesellschaftliche Initiativen, für Reformbewegungen „von unten“ bedeutsam. Daher sind Lösungen für die Krise der Staatsfinanzen von höchster Dringlichkeit für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Demokratie in Europa.

### **9. Ein europaweiter Ratschlag über den Widerstand gegen die Krisenfolgen**

Es scheint, als ob von so manchen politisch Verantwortlichen der Zerfall des Euroraums in Kauf genommen würde, um radikale Reformen, wie sie hier vorgeschlagen werden, zu vermeiden. Kurzfristige Status-quo-Interessen überwiegen längerfristige Entwicklungsperspektiven für ein soziales, demokratisches, ökologisches, friedliches Europa. Private Verwertungsinteressen dominieren die gesellschaftlichen Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Europa. Es gilt also auch Aufklärung zu betreiben und damit zugleich im Sinne der ökonomischen Alphabetisierung die sozialen und politischen Bedingungen der

Umsetzung der Forderungen und Vorschläge zu verbessern. Dies kann lokal und im nationalen Rahmen erfolgen, es muss aber auch europaweit geschehen. Denn die gegenwärtige Krise des Euro ist eine bedrohliche europäische Krise.

Gute Konzepte allein reichen nicht, sie müssen auch politisch umgesetzt werden. Um das „wie“ zu beraten, sollten die Veranstaltungen, Konferenzen, Tagungen in der nächsten Zeit genutzt werden. Denn die Lage ist ernst, Weichen werden gestellt, und es ist notwendig, sich einzumischen, um die Richtung zu bestimmen, in die das europäische Projekt bewegt wird. Die europäische Sommerakademie ENA von ATTAC im August 2011 wird Gelegenheit bieten, das weitere Vorgehen zu beraten.

1. März 2011

**Aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland:**

Adelheid Biesecker, Andreas Fisahn, Anne Karrass, Birgit Mahnkopf, Christian Christen, Christian Spatscheck, Christoph Butterwegge, Elmar Altvater, Eva Stilz, Gerd Siebecke, Heide Gerstenberger, Ingrid Kurz-Scherf, Peter Herrmann, Peter Strotmann, Peter Wahl, Rainer Rilling, Rasmus Hoffmann, Stefan Thimmel, Tanja von Egan-Krieger, Thea Bauriedl, Thomas Sauer, Ulrich Brand, Ulrich Duchrow, Wolfgang Neef